

Jahrelang im Gefängnis wegen ein paar Sätzen

In mehr als achtzig Ländern werden missliebige Schriftsteller verfolgt, gefoltert, inhaftiert oder ermordet

In Krakau haben Schriftsteller aus aller Welt über Meinungsfreiheit diskutiert. Das Internet bietet neue Chancen der unzensurierten Publikation, aber in zahlreichen Ländern nimmt die Repression zu.

David Signer, Krakau

In der polnischen Stadt Krakau hat vergangene Woche die Konferenz «Writing Freedom» zur Lage von verfolgten, inhaftierten oder exilierten Schriftstellern und Journalisten rund um die Welt stattgefunden. Der alle zwei Jahre stattfindende Anlass wird jeweils organisiert vom «Writers in Prison»-Komitee der internationalen Schriftstellerorganisation PEN sowie Icorn, einem Netzwerk von Notwohnungen in vierzig Städten für bedrohte Autoren. Über 200 Gäste - Schriftsteller, Medienschaffende, Blogger, Menschenrechtsaktivisten - aus fünfzig Ländern waren angereist, um sich über den Stand der Meinungs- und Redefreiheit im internationalen Vergleich auszutauschen und Strategien gegen Zensur, Kontrolle und Repression auszuarbeiten. Laut den Erhebungen von PEN werden gegenwärtig rund 800 Schriftsteller in mehr als achtzig verschiedenen Ländern massiv unterdrückt. 290 von ihnen sitzen lange Haftstrafen ab, 170 weitere stehen wegen ihrer Publikationen unter Anklage, 45 wurden allein letztes Jahr umgebracht.

Türkei, China, Eritrea

An der Spitze dieser traurigen Hitparade steht die Türkei, mit etwa 70 Publizisten im Gefängnis und 60, die in zum Teil sehr langwierige Prozesse verwickelt sind. Den zweiten Platz nimmt China ein - mit dem Nobelpreisträger Liu Xiaobo, seit 2008 wegen sieben Sätzen eingekerkert, sowie 39 weiteren eingesperrten Schriftstellern -, es folgen Eritrea und Vietnam.

Aber solche Zahlen sagen nicht alles. Nordkorea ist so totalitär, dass es dort nicht einmal Autoren hinter Gittern gibt. Es existiert schlichtweg keine Zeitung oder kein Verlag, die ein Manifest gegen Kim Jong Un publizieren würden. Auch Mexiko verzeichnet keine Journalisten im Gefängnis, hingegen wurden 68 umgebracht seit 1992.

In einem Land wie der Türkei befinden sich so viele Schriftsteller in Haft, gerade weil eine lebendige Intellektuellenszene existiert und weil neben den staatlichen Schikanen auch viele Freiräume bestehen. In diesem Klima der Rechtsunsicherheit und Diskriminierung - 70 Prozent der verhafteten Autoren sind Kurden - kann man nie sicher sein, ob man für einen Text einen Preis oder eine Gefängnisstrafe bekommt. Diese Unberechenbarkeit hat in vielen - vor allem arabischen - Staaten in den letzten Jahren überhand genommen.

Diverse Autoren äusserten an der Konferenz, dass sie es früher mit einer einzigen Gefahr - einem allmächtigen Herrscher - zu tun hatten. Jeder kannte die «rote Linie», vor der man sich schreibenderweise in acht nehmen musste. Heute hingegen, nachdem viele dieser alten Potentaten gestürzt worden sind, haben sich die Risiken vervielfacht, und man weiss nie, wem man mit einer Publikation möglicherweise auf den Schlips tritt. Gehen in einem solchen Umfeld die Verhaftungen zurück, muss das nicht unbedingt auf eine Liberalisierung hinweisen. Es kann auch bedeuten, dass die Selbstzensur zugenommen hat.

Absurde Anschuldigungen

Um nicht ins Fadenkreuz von Organisationen wie PEN zu kommen, gehen heute immer mehr Regime dazu über, missliebige Schriftsteller nicht direkt wegen ihrer Werke zu verhaften, sondern ihnen irgendwelche hanebüchene Verbrechen anzuhängen. Der Historiker Enoh Meyomessé aus Kamerun wurde zu sieben Jahren Zuchthaus wegen illegalen Goldhandels verurteilt. Weil er einen Monat in völliger Finsternis absitzen musste, leidet er seither an Sehstörungen. Er kritisierte in seinen Werken wiederholt Präsident Biya, der Kamerun seit dreissig Jahren beherrscht.

Zunehmend weichen Regimekritiker heute aufs Internet aus, weil sie auf Social-Media-Plattformen ihre Texte schneller, breiter, anonym und günstiger streuen können als in gedruckter Form. Allerdings ist man auch auf Facebook oder Twitter nicht unsichtbar. 60 Prozent der PEN-Fälle betreffen inzwischen elektronische Medien; allein in den arabischen Staaten sitzen 42 Blogger im Gefängnis, 40 davon wegen «antiislamischer» Äusserungen.

Den digitalen Unternehmen kommt eine grosse Macht und Verantwortung darin zu, die vertraulichen Informationen über ihre Benutzer nicht weiterzugeben, insbesondere nicht an Unrechtsregime. Aber einig tun es doch; von manchen Firmen ist sogar bekannt, dass sie Autokraten massgeschneiderte

Überwachungssoftware lieferten. Das diktatorische Regime in Eritrea kann auf solche Hightech-Tools verzichten. Gemäss einem exilierten Eritreer läuft das Internet dort - vermutlich absichtlich - so langsam, dass man während des Wartens vergisst, was man eigentlich gesucht hat.

Der geraubte Aufstand

Viele der Blogger, die in den Anfängen des «arabischen Frühlings» unter grossen persönlichen Risiken am Umsturz der alten Regime beteiligt waren, äusserten sich in Krakau bitter über die von den Islamisten gestohlene Revolution und die Zensur, die heute in einigen Ländern noch strenger ist als vor den Erhebungen. Trotzdem sind soziale Medien immer noch oder erst recht eine Waffe des Widerstands. Eine burmesische Bloggerin, die wegen ihrer Einträge im Gefängnis sass, äusserte an einem Podium: «Facebook war für mich wie ein anderes Land» - ein vorweggenommenes Utopia der freien Kommunikation.

Was in Unrechtsstaaten oft blüht, ist der (Galgen-)Humor. «In vielen Ländern gibt es durchaus die Freiheit der Meinungsäusserung», meinte ein Teilnehmer aus Simbabwe. «Was fehlt, ist allerdings die Freiheit *nach* der Meinungsäusserung.»